

**P.** Gastkommentar

# Die Pandemie als verpasster Wake-up Call

21.04.2021 um 17:06

von **Ralph Schöllhammer**

Peter Kufner

Corona hätte eine jener Krisen sein können, die überfällige Staatsreformen ermöglichen. Gerade auch in Österreich.

Um jegliche Sorge zu zerstreuen, dass es sich hier um einen langatmigen Artikel zum Thema Bürokratie handeln könnte, beginne ich bei einem Attentat: Der amerikanische Präsident James A. Garfield wurde am 2. Juli 1881 von Charles J. Guiteau im dritten Monat seiner Präsidentschaft erschossen. Der Attentäter schrieb zuvor eine Rede für den Präsidenten, die dieser zwar nie hielt, war jedoch der Meinung, als Belohnung für seine Mühen entweder zum Konsul in Wien oder Paris ernannt werden zu müssen. Guiteau sprach weder Deutsch noch Französisch, aber er verstand die Sprache des sogenannten Spoils-Systems, welches damals in den USA vorherrschte. In diesem System

wurden sämtliche Ämter nach Nähe zum Präsidenten vergeben, und auch unser unglücklicher Attentäter rechnete sich mit seiner Rede die Chance auf einen lukrativen Posten aus.

Gastkommentare und Beiträge von externen Autorinnen und Autoren müssen nicht der Meinung der Redaktion entsprechen. Weitere Meinungsbeiträge von „Presse“-Redakteuren wie von Gastautorinnen finden **Sie hier.**

Die durch die Ermordung des Präsidenten ausgelöste Krise führte schließlich 1883 zur Verabschiedung des Pendleton Act, in welchem festgelegt wurde, dass Posten in der öffentlichen Verwaltung in Zukunft nach Qualifikation und nicht politischer Zugehörigkeit zu vergeben seien. Auch wenn der Pendleton Act in den vergangenen 140 Jahren in Vergessenheit geraten ist, war er dennoch ein wichtiger Schritt, ein schwerfälliges System durch eine Krise zu reformieren. Hätte das Attentat nicht stattgefunden, wäre es wahrscheinlich nie zu der notwendigen Reform gekommen.

## Krise beschleunigt Reformen

Die Geschichte ist voll von Beispielen dafür, dass existenzielle Krisen notwendige Staatsreformen ermöglichten. Der moderne chinesische Staat lässt sich in vielen Bereichen auf die Reformen von Shang Yang zurückführen, welcher während der Qin-Dynastie (221–206 v. Chr.) erkannte, dass Blutsverwandtschaft zum Kaiser allein noch keine ausreichende Qualifikation darstellt – vor allem im militärischen Bereich. Die Qin-Dynastie entstand in einer Zeit, die in China als „Zhànguó Shídài“ bekannt ist, was übersetzt so viel bedeutet wie „Periode Krieg führender Staaten“ und in welcher das Gebiet des heutigen China ein Dauerschlachtfeld konkurrierender Despoten war. Shang Yang ersetzte ein System des Nepotismus durch ein System fachlicher Qualifikation, welches dem Qin-Kaiser ermöglichte, alle anderen Rivalen zu besiegen und erstmals China unter einem Staat zu vereinen. Als Randnotiz sollte vielleicht erwähnt werden, dass Shang Yangs Erfolge ihn nicht vor der Rache der kaiserlichen Verwandtschaft bewahrten und er nach einer erfolgreichen Intrige gevierteilt wurde.

Aber auch in Europa hatten es die Reformer nicht immer leicht. Zwar kennen viele Themistokles und seine Rolle beim Sieg der Griechen über die Perser bei Marathon und Salamis, aber nur wenige wissen, dass er am Ende seines Lebens ins Exil gezwungen wurde – und zwar nach Persien, wo der dortige König den einstigen Gegner dankbar in seine Dienste aufnahm.

Es gilt oft als ausgemacht, dass die globale Dominanz Europas im 19. Jahrhundert eine Konsequenz von Imperialismus und Kolonialismus gewesen sei. Das ist richtig, verschweigt aber einen Teil der Geschichte: In ihrem Buch von 2015 „The Fourth Revolution. The Global Race to Reinvent the State“ stellen Wooldridge und Micklethwait fest, dass ein Grund für die europäische Expansion ein effizientes Verwaltungssystem war, welches mit Industrialisierung und Bevölkerungswachstum überraschend gut zurechtkam. Die Europäer entdeckten, was Shang Yang 2000 Jahre zuvor gepredigt hatte – die Trennung von Politik und Verwaltung. Dieser Ansatz, welcher von Max Weber später im Detail analysiert wurde, kam zu dem Schluss, dass eine effiziente Verwaltung im Idealfall von der Politik getrennt zu besetzen sei.

## Die Pandemie als Wake-up Call

Es ist übrigens kein Zufall, dass die beiden zuvor genannten Autoren im September 2020 ein Nachfolger-Buch mit dem Titel „The Wake-Up Call: Why the Pandemic Has Exposed the Weakness of the West“ veröffentlicht haben. Corona hätte eine jener Krisen sein können, die überfällige Reformen ermöglichen. Aber in vielen Ländern macht sich breit, was der Politologe Francis Fukuyama als „kognitive Dissonanz“ in der Politik bezeichnet: Statt Institutionen, die versagen, zu reformieren, werden diese mit zusätzlicher Macht ausgestattet.

Der Mythos des effizienten Verwaltungsapparates in Österreich und Deutschland hat sich spätestens zu dem Zeitpunkt aufgelöst, als bekannt geworden ist, dass die deutschen Nachbarn sich Infektionszahlen via Faxgerät zuspielen und in Österreich im Bereich der Digitalisierung außer Ankündigungen nicht viel stattgefunden hat.

Staaten wie Israel, Dänemark, Schweden oder Taiwan stehen nicht deshalb besser da, weil man mehr Impfstoff eingekauft hat. Dort wurden Reformen durchgeführt, welche ihnen jetzt erlauben, effizient auf die Krise zu reagieren.

Dänemark hat etwas mehr als die Hälfte der Bevölkerung Österreichs und etwa 50 Prozent der Fläche. 2007 setzte Kopenhagen eine Gemeindereform durch, in welcher diese von 271 auf 98 reduziert wurden und so dass keine Gemeinde unter 20.000 Einwohnern haben sollte. In Österreich gibt es 2095 Gemeinden, wobei in der kleinsten im Tiroler Gramais unter 100 Personen leben. Auch ist es in dem nordischen Land fast unmöglich, ohne Nachweis einer betriebswirtschaftlichen Befähigung Bürgermeister zu werden.

## Der Weg von Israel und Taiwan

Nach einer schweren Wirtschaftskrise 1991, welche in Schweden als „Dunkel-der-Nacht-Krise“ bekannt wurde und das Land buchstäblich an den Rand des Ruins geführt hatte, setzten die Folgeregerungen Reformen um, welche den Sozialstaat sicherten, diesen jedoch effizienter und transparenter machten. Die Politik ist konsensorientiert, verlangt der Bevölkerung aber beispielsweise in einem an die Lebenserwartung und Wirtschaftsleistung gekoppelten Pensionssystem einiges ab.

### Der Autor

**Ralph Schöllhammer, PhD** (\* 1982) ist Assistenzprofessor für Volkswirtschaftslehre und Internationale Beziehungen an der Webster Privatuniversität Wien und Gastgeber des Podcasts „The Global Wire“. [ Privat ]

Israel, in dem gefühlt alle sechs Monate gewählt wird, das eine der diversesten Populationen der Welt hat und in einem Dauerkonflikt mit seinen Nachbarn steht, ist dennoch buchstäblich eine „Start-up Nation“ – mit einer Unternehmensgründung je 1500 Einwohnern und den meisten im Nasdaq gelisteten Unternehmen nach Nordamerika und China.

Der Hightech-Inselstaat Taiwan mit seinen 24 Millionen Einwohnern ist nicht nur für 65 Prozent der globalen Produktion an Semikonduktoren für Computerchips verantwortlich, sondern hat dank seines Corona-Managements zum heutigen Tage nicht mehr als elf Todesopfer zu beklagen.

Keiner dieser Staaten ist perfekt, doch haben diese ihre Krisen genutzt, um sich zukunftsfest zu machen.



In Österreich hingegen wird seit 2003, also seit über 18 Jahren, über Vorschläge für eine Staats- und Verfassungsreform beraten. Weder die Große Rezession 2008 noch die Flüchtlingskrise von 2015 oder eine globale Pandemie scheinen als Krise auszureichen, um nur annähernd zu den oben genannten Staaten aufzuschließen.

E-Mails: [debatte@diepresse.com](mailto:debatte@diepresse.com)

## Jetzt zum Meinungs-Newsletter anmelden

Erhalten Sie täglich eine Auswahl der besten Meinungen der „Presse“-Redaktion. Ergänzt um Gastkommentare und die Kolumnen unserer „Querschreiber“.

E-MAIL

Anmelden